

## Motivationsrede für Ratssitzungen o.ä.

### Warum es für Kommunen wichtig ist, sich gegen CETA und weitere sogenannte Freihandelsabkommen zu engagieren

### Warum es wichtig ist, an der Konferenz „Kommunen und Freihandel“ in Nürnberg teilzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 29. April findet in Nürnberg eine Konferenz zum Thema „Kommunen und Freihandel“ statt. KommunalvertreterInnen treffen dort mit hochkarätigen Experten zusammen, um die aktuelle Entwicklung der sogenannten Freihandelsverträge zu diskutieren. Vor einem Jahr, im April 2016, fand in Barcelona die erste europaweite Konferenz der Kommunalebene hierzu statt. Die Barcelona-Konferenz entstand aufgrund der Betroffenheit von Kommunen durch die Freihandelsabkommen und markierte den Startschuss für eine europaweite Vernetzung von Kommunen und Gemeinden<sup>1</sup>. Wer sich den kommunalen Interessen verpflichtet fühlt und das CETA-Abkommen über die übliche oberflächliche Darstellung hinaus studiert hat, kann bei CETA nur zu einem Schluss kommen: Dass CETAs Kernprinzipien mit kommunalen Interessen nicht vereinbar sind. Dies ist umso gravierender, da CETA als Modell stehen soll für eine ganze Reihe nachfolgender sogenannter Freihandelsabkommen der neuen Generation. Daher ist JETZT die Zeit für Kommunen gekommen, um ihre grundlegenden Interessen zu verteidigen und auf den Ratifizierungsprozess Einfluss zu nehmen. Das Mindeste hierzu ist die Teilnahme unserer Stadt an der Konferenz in Nürnberg.

Doch warum wäre CETA so desaströs für Kommunen? Dafür gleich ein paar grundlegende Erläuterungen. Zunächst sei aber noch folgendes vorausgeschickt:

Die Welt ist verunsichert angesichts des neuen US-Präsidenten. Trumps Protektionismus und national-egoistischer Ansatz birgt sicherlich viele Gefahren. Auf der anderen Seite ist jedoch auch ein absoluter Freihandel gefährlich. Daher darf die Diskussion sich nicht am Gegensatz Freihandel oder Protektionismus aufhalten, sondern braucht vor allem einen Blick auf die problematischen **Inhalte** von Freihandels- und Investitionsabkommen:

#### 1. Der blinde Liberalisierungswahn

CETA folgt einer Ideologie der fortschreitenden, unumkehrbaren Liberalisierung. An deren Ende sollen der freie Markt und der vollendete Freihandel weltweit stehen. Marktregeln und Marktmechanismen - die „unsichtbare Hand des Marktes“ – allein sollen das Zusammenleben der Menschen regeln. Alles bekommt einen Preis und wird am Markt

---

<sup>1</sup> Die Barcelonaerklärung war der Start eines Pan-europäischen Netzwerkes:

[http://gemeinden.verdi.de/++file++57e2494bba949b06ce83de5b/download/Erklarung%20von%20Barcelona\\_160428.pdf](http://gemeinden.verdi.de/++file++57e2494bba949b06ce83de5b/download/Erklarung%20von%20Barcelona_160428.pdf)

gehandelt oder per nationaler oder internationaler Ausschreibung vergeben. Diese Marktideologie hofft auf die globale Vollendung des Freihandels und den Abbau aller „Handelshemmnisse“, erst dann könne der Markt seine Segnungen für alle entfalten<sup>2</sup>.

Schauen wir da einmal genauer hin: Aus dieser Sicht werden Regeln zum Nutzen aller zu Handelshemmnissen, die abgebaut werden müssen. Letztlich gehört dazu auch die kommunale Selbstverwaltung bis hin zur Demokratie selbst.

Denn all das greift in das freie Spiel der Marktkräfte ein und verhindert einen absolut freien Markt:

- *der Schutz von kommunalen Handlungsspielräumen* – etwa die Ansiedlung eines Dumping-Anbieters zu untersagen - ,
- *der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge* – dazu gleich ausführlicher - ,
- *der Schutz von Umwelt und Klima* – CETA höhlt das EU-Vorsorgeprinzip aus und erschwert so massiv ein Verbot giftiger Substanzen - ,
- *der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung*
- *der Schutz der VerbraucherInnen/ ArbeitnehmerInnen*<sup>3</sup> - die Gewerkschaften lehnen CETA nach wie vor ab<sup>4</sup>-,
- *der Datenschutz*,
- *der Schutz von gemeinnützigen Sozialleistungen in der Erziehung, Pflege und im Gesundheitssektor*,
- *der Schutz von Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen*,
- *der Schutz von sozialem Wohnungsbau, öffentlichem Nahverkehr* – subventionierte Leistungen verzerren den Markt,
- *der Schutz der Kultur ...*

All diese Leistungen, die zum großen Teil von Kommunen und Gemeinden erbracht werden, gelten daher als Handelshemmnisse, die es unter CETA auf beiden Seiten des Atlantiks abzubauen gilt. Diese Marktideologie hat sich mit offensiven Konzerninteressen vermischt: Große Unternehmen sind verpflichtet, ausschließlich gewinnorientiert zu arbeiten - Profit ist die einzige Maxime - und diese Schutzgüter verursachen nur Kosten, die minimiert werden

---

2 Ganz deutlich wurde diese Idee bei der ersten Behandlung von CETA im EU-Parlament am 9.12.2015 im INTA-Ausschuss, als Herr Pierre Sauve, der geladene Experte vom "World Trade Institute", die Idee von CETA erklärte: "And of course we negotiate preferential [= nicht multilateral auf WTO-Ebene] agreements with the view **to achieving the Nirvana of free trade**."s. bei 2:01:49

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20151207IPR06357/Committee-on-International-Trade-meeting-09122015-%28P.M.%29>

3 Positionspapier von verdi zum Schutz von ArbeitnehmerInnen: <https://www.verdi.de/themen/politik-wirtschaft/++co++32760c92-ed29-11e6-85a4-525400940f89>

4 DGB fordert weitere Nachbesserungen bei CETA: <http://www.dgb.de/themen/++co++eb3790ee-0b3a-11e4-959e-52540023ef1a>

müssen. Die blinde Marktideologie zusammen mit Konzerninteressen bilden die antreibenden Kräfte hinter den neuen sogenannten Freihandelsabkommen.

## 2. Die Daseinsvorsorge

Das Zusammenleben in unserer Stadt basiert auf der kommunalen Daseinsvorsorge, die grundlegende Aufgaben in der Stadt erfüllt. Diese öffentlichen Dienstleistungen, die aus gutem Grund das Gemeinwohl im Auge behalten sollen, sind seit Jahren unter Privatisierungsdruck. Besonders die lukrativen Rosinen sollen in einem „transparenten und nichtdiskriminierenden“ Verfahren am Markt ausgeschrieben werden **müssen**. Dies führt letztlich dazu, dass private Unternehmen kommunale Aufgaben übernehmen - oder dass öffentliche Unternehmen aufgrund des Konkurrenzdrucks nicht mehr gemeinwohl-orientiert, sondern ausschließlich profitorientiert arbeiten und sich damit nicht mehr von privaten Unternehmen unterscheiden. Das gleiche gilt für gemeinnützige Verbände und Organisationen. CETA kennt keine Gemeinnützigkeit und schützt diese daher auch nicht. Solche Entwicklungen sind bekannt aus der EU und ihrem Ziel der Vollendung des EU-Binnenmarkts. Mit CETA und weiteren sogenannten Freihandelsverträgen erhalten diese Entwicklungen einen ganz neuen Schub. Doch für das gesellschaftliche Zusammenleben sind diese Entwicklungen verheerend, man denke nur an die Einführung der Wettbewerbsidee im Gesundheitssektor und seine Folgen.

Der deutlichste Beleg, wohin die Reise mit CETA geht, ist die Einführung einer Negativliste in den Kapiteln für Dienstleistungen und Investitionen. Denn dies bedeutet im Grunde, dass nun alle Dienstleistungen als liberalisiert betrachtet werden müssen. Von dieser allgemeinen Liberalisierungspflicht können noch Ausnahmen eingetragen werden, aber diese werden plötzlich genau das: Ausnahmen. Ausnahmen vom Normalfall, dem freien Markt. Damit wird die gesamte Daseinsvorsorge zum Sonderfall, der noch geduldet wird und beim nächsten Abkommen auf den Prüfstand kommt. Die Bundesregierung beschwichtigt zwar und behauptet, dass der Listenaufbau nur ein bloße „technische Frage“ sei, man könne ja die Liste entsprechend ausgestalten.<sup>5</sup> Aber niemand hat die Ausnahmen in CETA offiziell geprüft! Die kommunalen Spitzenverbände<sup>6</sup> haben noch am 5.9.2016 vom Bundestag und EU-Parlament eine eingehende Prüfung gefordert, aber diese ist nicht erfolgt. Die Stadtwerke Köln<sup>7</sup> haben eine eigene Analyse erarbeitet und finden in CETA eine ganze Reihe von Lücken: Gas, Strom, Fernwärme, Binnenhäfen, öffentliche Beleuchtung, öffentlicher Parkraum, Grünflächen, Breitbandversorgung, sozialer Wohnungsbau, Schulkantinen, „neue“

---

5 Außerdem wird immer auf die allgemeine Schutzklausel für öffentliche Dienstleistungen verwiesen. Doch gemäß der juristischen Grundregel „Lex specialis vor Lex generalis“ tritt diese hinter den speziellen Eintragungen in den einzelnen Sektoren zurück. - mündliche Auskunft der EU-Kommission, Rupert Schlegelmilch, DG Trade. Zur Regel s. hier, [https://de.wikipedia.org/wiki/Lex\\_specialis](https://de.wikipedia.org/wiki/Lex_specialis)

6 Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände (s. 3, 2. Absatz)

[https://www.bundestag.de/blob/438092/43c8bbcd41ef5ec294bbd137a467a046/stgn\\_kommunale\\_spitzenverbaende-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/438092/43c8bbcd41ef5ec294bbd137a467a046/stgn_kommunale_spitzenverbaende-data.pdf)

7 Analyse der Stadtwerke Köln – siehe S.7

[https://www.stadtwerkekoeln.de/fileadmin/\\_media/downloads/Netzwerk/2015\\_Dokumentationsentwurf\\_14082015\\_final.pdf](https://www.stadtwerkekoeln.de/fileadmin/_media/downloads/Netzwerk/2015_Dokumentationsentwurf_14082015_final.pdf)

Dienstleistungen wie Smart Grids. Die Stadtwerke Karlsruhe<sup>8</sup> haben die Betroffenheit der Wasserversorgung analysiert und kommen zu alarmierenden Ergebnissen. Machen wir uns nichts vor: Die kommunale Daseinsvorsorge ist ein Auslaufmodell, wenn nicht endlich dagegen gehalten, zu ihrem Schutz eingestanden und ihr eine Zukunft eröffnet wird. Dies muss auch die Stadt **NN** tun.

### 3. Der Investitionsschutz

Einer der perfidesten Punkte in CETA ist der Investitionsschutz. Denn es gibt keinerlei Begründung, diesen Investitionsschutz überhaupt zu fordern. Die einzige Begründung zur Einführung ist bis heute: Investitionsschutzverträge sollen zur Absicherung von Investitionen in weniger entwickelten Staaten mit unausgereiftem Gerichtssystem dienen. Die EU und Kanada zählen hier aber nicht dazu. Sie sind bereits ausgewiesene Rechtsstaaten, die genauso den Schutz von ausländischen Investitionen garantieren. Das sagt sogar der Deutsche Richterbund<sup>9</sup>. Außerdem musste die EU-Kommission zugeben, dass es keinen Nachweis gibt, dass der Investitionsschutz für mehr Investitionen sorgt<sup>10</sup>. Es gibt also kein Argument für die Einführung eines Investitionsschutzes in CETA. Dagegen ist der Investitionsschutz mittlerweile ein boomendes Geschäftsmodell an der Wall Street<sup>11</sup> geworden – auf Kosten des Staates, der Kommunen, der Steuerzahler, aber auch des Rechtsstaates und der Demokratie.

Den Kommunen entsteht damit das Risiko von Schadensersatzforderungen, die ihren Haushalt deutlich übersteigen. Vattenfall hatte 2009 Hamburg auf 1,4 Mrd. Euro verklagt<sup>12</sup> - wegen Umweltauflagen für das Kohlekraftwerke Moorburg. Anschließend hat Hamburg die Umweltauflagen zurückgezogen. Eine Zurücknahme von Gesetzen oder Regelungen ist daher auch ein mögliches Ergebnis solcher Schadensersatzforderungen.

Noch immer sind die CETA-Investitionsschutzstandards der so genannten „gerechten und billigen Behandlung“ und „indirekten Enteignung“ so vage formuliert, dass Kommunen zukünftig im Dunklen tappen werden: Löst eine Satzungsänderung oder ein Genehmigungsbescheid vielleicht eine Investitionsklage eines internationalen Investors aus?

---

8 Stadtwerke Karlsruhe zur Wasserversorgung:

<https://www.stadtwerke-karlsruhe.de/swk/presse/meldungen/2016/20160607.php>

9 Deutscher Richterbund zum Investitionsschutz:

<http://statewatch.org/news/2016/feb/de-opinion-com-proposals-ttip-court-2-16.pdf>

10 Prof. M. Krajewski im Wirtschaftsausschuss des Bundestags, S. 1f,

<https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=4&ved=0ahUKEwjI9YDKvOjSAhXBVywKHaEhDCsQFgg1MAM&url=http://www.bundestag.de/2Fblob%2F364868%2Fba5f4989da76ab4203a5c6d145ea1447%2Fmarkus-krajewski-data.pdf&usg=AFQjCNGpwtH330dX3a1xp9102W0rMF7icQ&cad=rja>

11 ZEIT-Online – Im Namen des Geldes:

<http://www.zeit.de/2014/10/investitionsschutz-schiedsgericht-icsid-schattenjustiz>

12 ARD Das Erste - Schiedsgerichte: Konzerne klagen - Wir zahlen:

<http://www.ardmediathek.de/tv/Doku-ONE/Schiedsgerichte-Konzerne-klagen-Wir-z/ONE/Video?bcastId=13980890&documentId=35831842>

Müssen die KommunalvertreterInnen den Gang an einen internationalen Investitionsgerichtshof antreten, um dort zu versuchen eine Klage in gar Milliardenhöhe abzuwenden? Ist den Kommunen bewusst, dass in manchen Bundesländern die Entschädigungspflicht vom Bundesland direkt an die verursachende Kommune weitergereicht wird? Ist ihnen bewusst, dass ein durchschnittliches Verfahren 8 Millionen Dollar Prozesskosten bedeutet, wie der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft betont<sup>13</sup>?

Und dann noch: Der Investitionsschutz benachteiligt, sprich: diskriminiert, alle mittelständischen Unternehmen, die nur in Deutschland tätig sind. Das ist ... genau: Ein massiver Wettbewerbsnachteil, und zwar nicht für ausländische, sondern umgekehrt, für mittelständische Unternehmen, kommunale Unternehmen, gemeinnützige Unternehmen und alle, die nur lokal tätig sind. In diesen Bereichen sind aber die meisten Menschen beschäftigt. Und dabei heißt es immer offiziell, dass es im Investitionsschutz nur darum geht, Benachteiligungen und Diskriminierungen von ausländischen Investoren zu verhindern. Tatsächlich führt der Investitionsschutz aber zu einer Diskriminierung von inländischen Unternehmen und Investoren.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Nachteile in CETA, etwa das Verbot von „offsets“ - also dem Verbot von Maßnahmen, die regionale Wirtschaftskreisläufe stärken sollen. Oder die Einschränkungen bei der Vergabe, soziale, qualitative und ökologische Kriterien vorzugeben.

Aber um alles explizit darzustellen, fehlt hier die Zeit. CETA betrifft schlichtweg alles außer die ganz wenigen hoheitlichen Bereiche, die tatsächlich ausgenommen sind, wenn sie weder als kommerziell angesehen werden können, noch im Wettbewerb mit privaten Anbietern stehen, wie Polizei und Verwaltung.

Ich hoffe, Ihnen wenigstens im Groben die massiven Nachteile von CETA und weiteren sogenannten Freihandelsabkommen für Kommunen umrissen zu haben. CETA soll eine Weichenstellung sein. Treten wir nun dafür ein, dass diese Weichenstellung in eine Richtung gelenkt wird, die den Kommunen förderlich ist, die deren heutigen, wichtigen Stellenwert erhält. Die Entsendung einer städtischen Delegation nach Nürnberg wäre ein Anfang. Wir verlangen die Respektierung und den Erhalt unserer bewährten Strukturen der Daseinsvorsorge und der kommunalen Selbstverwaltung<sup>14</sup>.

Vielen Dank +++

---

13 Bundesverband Mittelständische Wirtschaft – Stellungnahme zum Investitionsschutz:

[https://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads\\_allg.\\_Dokumente/politik/Positionspapier\\_TTIP.pdf](https://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads_allg._Dokumente/politik/Positionspapier_TTIP.pdf)

14 Frankenpost – Marktredwitz, Stadt fürchtet Privatisierung beim Wasser

<http://www.frankenpost.de/region/marktredwitz/Stadt-fuerchtet-Privatisierung-beim-Wasser;art2442,2204794>